

Schlendrian oder politische Absicht?

Chronologie des Genmaisskandals in Niedersachsen

Seit 2001 wird in Niedersachsen ein Saatgutmonitoring nach gentechnischen Verunreinigungen durchgeführt. Nach einer Selbstverpflichtung der Bundesländer sollen alle Probenergebnisse bis 31.3. des jeweiligen Jahres vorliegen um Aussaaten illegaler Genpflanzen zu verhindern (Handlungsleitfaden der Länderarbeitsgemeinschaft Gentechnik).

2007 wird in Niedersachsen auf 221 ha Raps ausgesät der mit illegalen Gen-Konstrukten verunreinigt war. Die Felder werden umgebrochen und neu bepflanzt.

19.10.2007: Agrarminister Ehlen erklärt im Landtag auf eine Anfrage der Grünen als Konsequenz aus diesem ersten größeren Saatgutskandal: „Für die Zukunft müssen wir gewährleisten, dass die Laboruntersuchungen immer vor der Aussaat vorliegen um Umbrüche zu vermeiden“ (19.10.2007)

26.8.2009: Das Verwaltungsgericht Hannover verurteilt die nds. Landesregierung zur Veröffentlichung der Nennung der 2007 verunreinigten Felder und gibt damit einem Auskunftersuchen von Bioland und Greenpeace gegen die Landesregierung vollständig recht. Standorte, auf denen illegale Gen-Pflanzen ausgesät wurden, müssen flurstücksgenau offengelegt werden. Das Gericht stellt fest: Die Geheimniskrämerei der Landesregierung war rechtswidrig. Zum Schutz der gentechnikfreien Landwirte und Imker ist eine Offenlegung legaler und illegaler Aussaaten auch nachträglich zwingend erforderlich.

Auch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig im Januar 2009 verurteilt das Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig zur Herausgabe der genauen Standorte illegal genverunreinigter Felder zum Schutz der Nachbarn.

Saatgutuntersuchung 2010:

- 09.02.10 Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen entnimmt als zuständige Behörde zur Saatgutanalyse Stichproben u.a. bei der Firma Pioneer Hi-Bred
- 19.02.10 Eingang der zur Saatgutqualitätsprüfung gezogenen 35 Maisproben im LAVES
- 12.03.10 Erster Hinweise auf positiven Befund gentechnischer Verunreinigungen in einer Probe Maissaatgut
- 15.03.10 Hinweise auf GVO bei einer weiteren Probe Maissaatgut

Keine Warnung oder Meldung der ersten Funde!

- 31.03.10 Vereinbarung Stichtag der Länderarbeitsgemeinschaft Gentechnik für die Fertigstellung der Ergebnisse der Saatgutuntersuchungen läuft ab**
- 06.04.10 Definitive Feststellung von verbotenen Genkonstrukten in der Saatgutlinie der ersten Probe sowie Ergebnismitteilung durch LAVES an ML
- 07.04.10 Identifizierung der Saatgutlinie und Ergebnisabsicherung der zweiten Probe
- 08.04.10 Ergebnismitteilung der Probe B durch LAVES an ML
- 09.04.10 LAVES legt ML Laborbericht über den definitiven Fund von GVO in zwei der untersuchten Proben Maissaatgut vor

Mitte April bis Anfang Mai: Maisaussaat. Die Landwirte, das betroffene Saatgutunternehmen und die Öffentlichkeit wissen von nichts, obwohl seit 6. und 9.4. die auch in der wiederholten Beprobung abgesicherten Funde von verbotenen Gen-Konstrukten dem ML vorliegen.

- 26.4.10 Greenpeace veröffentlicht die Antworten einer Abfrage der Bundesländer nach den Ergebnissen der Gensaatgutproben. Niedersachsen verweigert die Auskunft – trotz Pflicht zur Antwort nach dem Umweltinformationsgesetz. Die anderen Bundesländer veröffentlichen 323 Stichproben mit 21 positiven Befunden, zum Teil schon vorher. **Die dort festgestellten Verunreinigungen wurden rechtzeitig vor der Aussaat aus dem Verkehr gezogen!**
- 27.04.10 Wahrscheinlich aufgeschreckt von der Greenpeace-Meldung bittet das ML nun erstmalig den betroffenen Saatguthersteller Pioneer um Rückholung des kontaminierten Saatguts, was dieser verweigert. Gleichzeitig informiert das ML erstmalig das für die Rückholung eigentlich zuständige MU über den Fund von GVO in zwei Maissaatgutproben per mail. **Die Funde sind dem Agrarministerium seit mindestens 18 Tagen bekannt und nichts passierte! Nach der Greenpeace-Meldung wird das Ministerium wach.**
- 29.04.10 Das ML übersendet eine bereinigte Saatguttabelle an das MU, die plötzlich keine positiven Befunde mehr enthält! **Versuchte Vertuschung oder Schlendrian in der Behörde?**
- 30.04.10 Das ML erklärt gegenüber dem MU, dass nun doch die Liste mit den positiven Funden vom 27.4.2010 maßgeblich ist und nicht die geänderte und falsche Liste vom 29.4.2010.
- 03.05.10 Pioneer teilt per E-mail mit, dass die betroffenen Partien **bereits in sieben Bundesländer ausgeliefert** worden sind. Die insgesamt 1961 Saatguteinheiten reichen für die Kontamination von ca. 2000 bis 3000 ha.
- 04.05.10 Das staatliche Gewerbeaufsichtsamt hört das Unternehmen zur beabsichtigten Einleitung eines verwaltungsrechtlichen Verfahrens auf Herausgabe der Daten der mit dem Genmaissaatgut belieferten Handelspartner an.
- 07.05.10 Auf Nachfrage von Medien teilt das Umweltministerium mit, dass zwei genverunreinigte Saatgutlinien gefunden worden sind. Obwohl es weiß, dass es sich definitiv um Chargen der Firma Pioneer handelt, verschweigt es den Verursacher und warnt nicht die betroffenen Landwirte. **Das MU teilt mit, dass es davon ausgehe, dass die betroffenen Partien schon ausgesät wurden.**
- 10.05.10 Der grüne Abgeordnete Christian Meyer stellt eine Anfrage an die Landesregierung zum Genmaisskandal und fragt nach den Daten der betroffenen Firma und Flurstücke.

Weitere zwei Wochen Nichthandeln während der Genmais ausgesät wird und aufwächst!

- 26.05.10 Nachdem das MU seit fast einem Monat (27.4.10) informiert ist, fordert es mit Bescheid vom 26.5. die Firma auf, die Empfänger des Saatgutes endlich zu benennen.

- 27.05.10 Pioneer klagt gegen den Bescheid vom VG Stade. Das MU unterlässt eine sofortige Durchsetzung des Auskunftsbegehrens.
- 03.06.10 Das Verwaltungsgericht Stade bestätigt die Pflicht zur Herausgabe der betreffenden Daten durch den Saatguterzeuger Pioneer.
- 04.06.10 Das MU informiert die betreffenden Händler, die anderen Bundesländer und stellt die belieferten Landwirte fest und lokalisiert die bestellten Flächen
- 10.06.10 Während einer Debatte im Landtag erklärt Agrarministerin Grotelüschen (CDU), dass sie die Nulltoleranz beim Saatgut aufgeben will und einen Aufwuchs der illegalen Genpflanzen prüfen will. Eine Veröffentlichung der betroffenen Flurstücke zum Schutz der gentechnikfreien Landwirte und Imker lehnt sie trotz dem Musterurteil des VG Hannover vom 26.8.2009 ab. Die grüne Anfrage zur Offenlegung vom 10.5.10 ist bis heute nicht beantwortet.

Überforderung der Ministerien?

Zahl der Saatgutuntersuchungen in Niedersachsen:

Niedersachsen 2002 : 101 Proben – Kein Befund

Niedersachsen 2009: 35 Proben – 2 Funde

Baden-Württemberg 2009: 107 Proben – 4 Funde

Schäden durch Behördenschlendrian mehr als verdoppelt!

Nach Angaben der Landwirtschaftskammer Niedersachsen wären bei einem Umbruch Mitte Mai Ertragsausfälle von 320 €/ha entstanden. Beim dann angeordneten Umbruch Mitte Juni waren es 720 €/ha (+125 %).

Insgesamt sind die Schäden und Ernteaufälle allein durch verspätete Neuaussaat damit von 603.100 € auf 1.357.200 € gestiegen.

Quellen:

- Antwort der Landesregierung auf die dringliche Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 10.6.2010